

# MAGAZIN

## DÜRREZEITEN IN NRW

Klimawandel und Wasserwirtschaft

## MIT DER DAMPFWALZE

Neuer Landesentwicklungsplan

## "HAMBI" IM STRESS

Bagger baggern ungebremst

KLIMAWANDEL

# NOTFALLPLAN FÜR GEWÄSSER

Hitzesommer, Dürre, Raubbau:  
Unsere Gewässer sind im Stress.  
Die ökologischen Folgen sind gra-  
vierend: Der Grundwasserspiegel  
sinkt, Flüsse fallen trocken, gan-  
ze Lebensgemeinschaften sind  
gefährdet. Doch die Politik hat  
bislang keinen Notfallplan.



**DIRK JANSEN**

ist Geschäftsleiter Politik/Öffentlich-  
keitsarbeit des BUND NRW  
Foto: Steffen Hoefl

**D**er Klimanotstand ist reell. Nicht nur die Bevölkerung in den Städten leidet angesichts lang andauernder Hitzeperioden, auch die Natur. Schon das letzte Jahr mit seinem Hitzesommer hat unseren Wäldern und Gewässern schwer zugesetzt. Ein wesentlicher Grund dafür ist der stark gesunkene Grundwasserspiegel. Verschärft wird die Situation durch eine auf Raubbau unserer Ressourcen ausgerichtete Gewässer-Bewirtschaftung. Der BUND hat jetzt die Landesregierung aufgefordert, endlich Maßnahmen für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Grund- und Oberflächenwassers zu ergreifen.

## RAUBBAU AN UNSEREN RESSOURCEN

Auf heftige Kritik stößt dabei die Untätigkeit der Landesregierung. „Sie tut viel zu wenig in Sachen Klimaschutz und droht auch bei der Bewältigung der durch den Klimawandel bedingten Folgen zu scheitern“, kritisiert der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. Es dürfe nicht sein, dass durch den fortgesetzten Raubbau an der Ressource Wasser die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden.

Allein zur Trockenlegung („Sümpfung“) der Braunkohlentagebaue im Rheinischen Revier werden pro Jahr nach wie vor etwa 510 Millionen Kubikmeter Grundwasser gefördert - zehn Mal mehr als die Landeshauptstadt Düsseldorf jährlich verbraucht. Aber auch die Landwirtschaft intensiviert die Wassernutzungen. Der Umbruch von Grün- zu Ackerland und die Zunahme wasserintensiver Kulturen wie Mais und Gemüse erhöhen den Wasserbedarf. Zum Teil wird schon ab dem Frühjahr künstlich bewässert. Die zunehmende Versiegelung der Landschaft und das Siechtum der Wälder reduziert zudem die Grundwasserneubildung.

„In NRW sind eine Reihe von Grundwasserkörpern in Gefahr, den von der EU-Wasserrahmenrichtlinie geforderten guten mengenmäßigen Zustand zu verfehlen“, sagt Monika Raschke, Gewässerschutzexpertin des BUND. „Immer mehr Oberflächengewässer fallen im Sommer trocken, auch wegen der gesunkenen Grundwasserstände. Illegale Entnahmen - auch der Landwirtschaft - verschärfen die Situation zusätzlich.“

Der BUND fordert deshalb, die Wasserbewirtschaftung grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Dabei mangelt es schon an der Erfassung der notwendigen Grundlagen. So werden zum Beispiel nicht alle Grundwasserentnahmen zentral registriert und auch die Daten zur Grundwasserneubildung in den jeweiligen Grundwasserkörpern werden nicht allgemein zur



Foto: Dirk Jansen

Die künstliche Beregnung von Ackerflächen ist für die Landwirte noch immer kostenfrei.



Foto: Dirk Jansen

Bachlauf bei Düsseldorf: Seit Wochen ohne Wasser.

Verfügung gestellt. Das erschwert den zuständigen Behörden eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung. Es dürfen deshalb keine Wasserechte mehr erteilt werden, die über die Grundwasserneubildung hinausgehen oder die Lebensgemeinschaften in den Flüssen und Bächen schädigen, so die BUND-Forderung.

### TAGEBAUE ALS GRUNDWASSERKILLER

Das bedeutet zum Beispiel auch, dass die Zerstörung des Grundwasserkörpers der Niederrheinischen Bucht durch die Braunkohlentagebaue gestoppt werden muss. Die 2020 bzw. 2025 auslaufenden wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Tagebaue Hambach und Garzeiler dürfen nicht wie von RWE beabsichtigt erteilt werden. Auch müssen Wasserentnahmen für die intensive landwirtschaftliche Bewässerung oder zur Tränkung großer Viehbestände grundsätzlich genehmigungspflichtig werden. Dazu sollte die Landwirtschaft genau wie andere Nutzer auch zum Wasserentnahmeentgelt von 5 cent/m<sup>3</sup> herangezogen werden. Zudem müssten die zuständigen Wasserbehörden die Genehmigungspraxis stärker koordinieren und die Entnahmepraxis auch besser kontrollieren. Von solchen Maßnahmen erhofft sich der BUND eine nachhaltigere Nutzung der Gewässer. Damit können auch in Zukunft bei fortschreitendem Klimawandel die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und die Leistungsfähigkeit der Trink- und Brauchwasserversorgung gewährleistet werden.

## WAS TUN?



Der BUND hat zentrale Forderungen für eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung in einem Hintergrundpapier zusammengefasst. Die Kurzform:

**GENEHMIGUNGSPFLICHT FÜR ALLE ENTNAHMEN VON GRUND- UND OBERFLÄCHENWASSER.**

**KEINE WASSERRECHTE ÜBER DAS VERFÜGBARE DARGEBOT HINAUS ERTEILEN.**

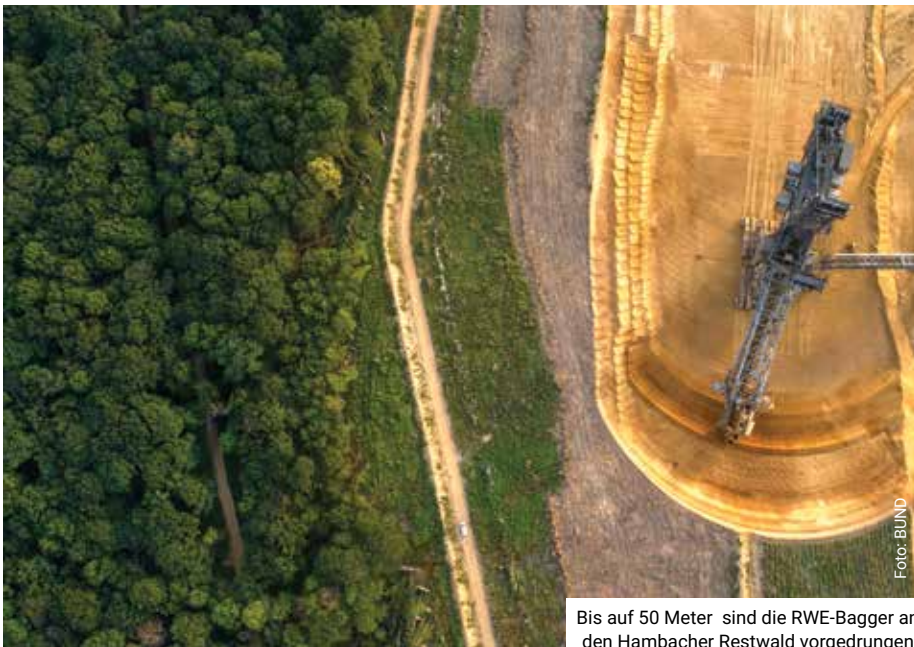
**AUCH DIE LANDWIRTSCHAFT SOLL FÜR DIE WASSERENTNAHME ZAHLEN.**

**STÄRKERE ÜBERWACHUNG, UM ILLEGALE ENTNAHMEN ZU VERHINDERN.**



MEHR ZUM THEMA

[www.bund-nrw.de/wasser](http://www.bund-nrw.de/wasser)



Bis auf 50 Meter sind die RWE-Bagger an den Hambacher Restwald vorgedrungen.



Klare Botschaft an der Tagebaukante.

# HAMBI M STRESS

**A**ufgrund der BUND-Klage hat das Oberverwaltungsgericht Münster RWE untersagt, den Hambacher (Rest-) Wald weiter zu zerstören. Auch Ministerpräsident Armin Laschet will nach eigenem Bekunden den "Hambi" erhalten. Trotzdem lässt er es zu, dass sich die Braunkohlenbagger bis auf 50 Meter an den Waldrand heran fräsen. Droht so eine "Zerstörung durch die Hintertür"?

Trotz Kohle-Kompromiss und (Lippen?) Bekenntnissen zum Walderhalt hat RWE in den letzten Monaten das Bagger-Tempo deutlich erhöht. Die oberste Tagebausohle wurde massiv voran getrieben. Der BUND befürchtet, dass ein weiteres Vordringen der Tagebaukante zu Beeinflussungen des Wasserhaushalts und damit zur indirekten Schädigung der Bäume im Wald führen könnte. Dies auch, weil der "Hambi" wie alle Wälder in NRW massiv unter Trockenstress leidet. Zudem birgt die 60 Meter hohe Steilböschung der obersten Sohle die Gefahr von Rutschungen.

Monatelang hatte sich die Bergaufsichtsbehörde geweigert, dem BUND Aus-

kunft darüber zu erteilen, welchen Sicherheitsabstand die Bagger einhalten sollen, um den Wald nicht negativ zu beeinträchtigen. Erst Ende Juni kam die Antwort.

## 50 Meter "Sicherheitsabstand"?

Um sicherzustellen, dass der Hambacher Forst nicht gefährdet wird, werde ein Sicherheitsabstand von mindestens 50 Metern zur Böschungskante eingehalten, so die Bezirksregierung Arnsberg. Dabei stützt sich die Behörde ausgerechnet auf ein RWE-Gutachten. Vorsichtshalber wurde dann auch noch ein Kurzstellungsbescheid des Geologischen Dienstes nachgeschoben. Die BUND-Bedenken wurden damit allerdings nicht ausgeräumt.

"Keinen Meter weiter" lautet daher die Forderung. Zusammen mit anderen Waldschützer\*innen hat der BUND vor Ort protestiert. In einem Schreiben an Ministerpräsident Armin Laschet haben zudem der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger und BUND-Landeschef Holger Sticht diesen aufgefordert, nicht zuzulassen, dass der "Hambi" durch die Hintertür zerstört wird.

## Gigantische Grundwasserzerstörung

Zur Trockenlegung des Tagebaus Hambach fördert ("sümpft") RWE derzeit jährlich etwa 330 Mio. m<sup>3</sup> Grundwasser. Jetzt hat der Kohlekonzern eine neue wasserechtliche Erlaubnis bis 2030 beantragt. Geplant ist, die Sümpfungsmenge auf 450 Mio. m<sup>3</sup>/a zu erhöhen; bis ins Liegende der Kohle - also Teufen von über 450 m - sollen die Brunnen reichen. Dabei verfügt RWE wegen einer BUND-Klage derzeit über keine bestandskräftige Tagebaugenehmigung. Auch sieht der Kohle-Kompromiss eine deutliche Tagebauverkleinerung vor. Der BUND hat dazu eine ablehnende Stellungnahme eingereicht.

Mehr Infos: [bund-nrw.de/hambach](http://bund-nrw.de/hambach)

Sümpfungsbrunnen am Hambacher Wald.



Foto: Dirk Jansen

## Alle Dörfer bleiben!

**E**in neues Rechtsgutachten des BUND zeigt: Zwangsenteignungen zugunsten der Braunkohlentagebaue sind verfassungswidrig. In den vom Tagebau Garzweiler bedrohten Dörfern erwacht derweil immer mehr Widerstand.

Insbesondere ist keine Enteignung von Grundstücken mehr zu rechtfertigen, deren Inanspruchnahme auf eine nicht mehr klimazielverträgliche Förderung und Verstromung von Braunkohle abzielt, so das Fazit des Gutachtens des Bergrechtsexperten Dirk Teßmer. Genau das aber ist der Fall. Trotz des beschlossenen Kohleausstiegs will RWE noch fünf Dörfer und 1.600 Menschen für den Tagebau umsiedeln. Dabei müssten die Restfördermengen aus Gründen des verfassungsrechtlich gebotenen Eigentumsschutzes auf solche Flächen beschränkt werden, deren Abbau im Einklang mit den Klimaschutzverpflichtungen noch möglich ist. Der Tagebau muss also verkleinert werden.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, stellten sich am 22. Juni 8.000 Menschen schützend vor das Dorf Keyenberg. Zur Demo aufgerufen hat der BUND zusammen mit anderen Organisationen und der Initiative „Alle Dörfer bleiben“. Mit dabei waren auch zahlreiche Aktive von "Fridays for Future". Zeitgleich besetzten Aktivist\*innen von Ende Gelände den Tagebau.

**i** MEHR ZUM THEMA  
[www.bund-nrw.de/braunkohle](http://www.bund-nrw.de/braunkohle)



Der BUND stellte in Keyenberg sein Rechtsgutachten vor.



Am Aktionstag hieß es "Platz nehmen" und Dörfer retten.

## STANDPUNKT

### ANRIFF AUF DIE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Wie bereits vor der letzten Landtagswahl angekündigt haben CDU und FDP mit ihrer Mehrheit nun am 12. Juli die Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) durch den Landtag gebracht. Damit wurden fatale Weichenstellungen für unser Land getroffen.

Mit der LEP-Änderung setzt Schwarz-Gelb den Angriff nicht nur auf die biologische Vielfalt, sondern auch auf die Zukunftsfähigkeit des Landes fort.

Beispiel Flächenverbrauch: 10 Hektar verbraucht das Land derzeit pro Tag für Gewerbe, Verkehr und Wohnungsbau. Doch Fläche ist endlich und wird immer weniger. Die Bedingungen für bäuerliche Betriebe werden angesichts steigender

"Immer mehr Tier- und Pflanzenarten sterben aus"

Pachtpreise immer schwieriger, Erholungsraum für Menschen schwindet, immer mehr Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Schon der bisherige LEP, der „dank“ der SPD die Reduzierung des Flächenverbrauchs auf 5 Hektar pro Tag bis 2022 nur als Grundsatz vorsah, war völlig unzureichend. Nun völlig auf Regelungen zu verzichten ist mehr als verantwortungslos.

Weitere Beispiele sind die Streichung des Nationalparks Senne, die unregelmäßige Freigabe von Abgrabungsflächen am Niederrhein und das Erleichtern der Ausweisung von Flächen für industrielle Großvorhaben „auf der grünen Wiese“.

Wie widersprüchlich die Landesregierung zu Werke geht zeigt das Beispiel Windenergie besonders eindrücklich. Unter der Überschrift „Entfesselung der Wirtschaft“ werden einem ganzen Wirtschaftszweig neue Fesseln angelegt. Der Mindestabstand für Windenergieanlagen von 1.500 Metern zu Wohngebieten verstößt gegen Bundesrecht, der Ausschluss des Baus von Windenergieanlagen in Wirtschaftsforsten ist reiner Populismus.

Mit Schwarz-Gelb kommt dieses Land auf keinen grünen Zweig mehr. Halten Sie mit uns bei jeder Gelegenheit dagegen!

Holger Sticht  
 Vorsitzender



Foto: Dirk Jansen



Foto: Dirk Jansen



Foto: Dirk Jansen

Lass Brummen: Aktive aus BUND und BUNDjugend fordern vor der Artenschutzkonferenz der Landesregierung konsequentes Handeln statt Lippenbekenntnisse. Mit dabei: Ralf Bilke und der BUND-Landeschef Holger Sticht.

## POLITIK CONTRA ARTENVIELFALT

# LASS BRUMMEN

Der Artenschwund schreitet voran, vor allem in der Agrarlandschaft. (Nicht-) Entscheidungen der Landesregierung verschlimmern vielfach die Situation.



**RALF BILKE**

ist Agrarreferent des BUND NRW

Foto: Steffen Hoeft

**N**ordrhein-Westfalen braucht einen klaren politischen Kurswechsel, um Wildnis und Artenvielfalt zu erhalten und neu zu befördern. Herausragende Bedeutung kommt hierbei der Agrarpolitik zu. Fast die Hälfte der Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. Das hat maßgeblichen Einfluss auf die Pflanzen- und Tierwelt auf den Äckern, Wiesen und Weiden selber, aber auch auf die Lebewelt in angrenzenden Kleingewässern wie zum Beispiel Amphibien und Insekten wie Libellen oder Köcherfliegen. Gleiches gilt – oft übersehen – für die Lebewesen im Boden.

### PESTIZIDE VERBIETEN

Ein zentraler Baustein ist die Pestizidpolitik. Ohne einen schnellen und vollständigen Ausstieg aus Glyphosat, aus bienengefährlichen Neonicotinoiden und eine verbindliche Reduzierung des Pestizideinsatzes insgesamt wird es nicht gelingen, den Artenschwund in der Agrarlandschaft

zu stoppen. Biotopverbund, Blühstreifen und andere positive Maßnahmen würden in ihrer Wirkung konterkariert, wenn der Spritzmitteleinsatz weitergeht wie bisher. Landesumweltministerin Ursula Heinen-Esser lässt hier bislang keinerlei Einsatz erkennen. Statt beherzt für einen Glyphosatausstieg und ein ambitioniertes ‚Aktionsprogramm Insektenschutz‘ zu streiten, sich ebenso wie der BUND gegen die Zulassung weiterer bienengefährlicher Pestizide zu stemmen und in NRW selbst aktiv voranzugehen, gibt es einen Mix aus Nichtstun, Abwarten auf Beschlüsse der Bundesregierung, Abstellen auf freiwillige Maßnahmen und dem Wunsch, bloß nicht beim Bauernverband anzuecken. Schon heute könnte die Landesregierung beschließen, alle landeseigenen Landwirtschaftsflächen künftig gemäß den Regeln des Ökologischen Landbaus zu bewirtschaften und dieses in den Pachtverträgen zu verankern. Ein glaubhaftes Eintreten für den Insektenschutz ist mit der bisherigen Politik nicht vereinbar. Wer das Artensterben stoppen will, muss aktiv dagegen kämpfen.



**MEHR ZUM THEMA**

[www.bund-nrw.de/agrar](http://www.bund-nrw.de/agrar)

# AKTUELLES



Frisch gewählt: Der neue BUND-Landesvorstand

## LANDESVORSTAND GEWÄHLT

**G**anz im Zeichen der Vorstandsneuwahlen stand die diesjährige Landesdelegiertenversammlung des BUND in Düsseldorf.

Bei den turnusmäßigen Wahlen wurde der seit 2013 amtierende Landesvorsitzende Holger Sticht mit überwältigender Mehrheit erneut für weitere drei Jahre gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Verena Leyendecker und Thomas Krämerkämpfer bestimmt. Klaus Brunsmeyer als erneut gewählter Schatzmeister komplettiert den geschäftsführenden Vorstand. Als Beisitzer\*innen fungieren Notburga Henke, Achim Hertzke, Götz Lederer, Adalbert Niemeyer-Lüllwitz und Tim Wertze.

Aber es ging auch um Inhalte. Die 120 ehrenamtlichen Verbandsvertreter\*innen aus den BUND-Kreisgruppen forderten in einer einstimmig verabschiedeten Resolution die Landesregierung auf, jetzt Maßnahmen für ein schnelles Ende des Klimakillers Braunkohle einzuleiten. Eine

weitere Resolution beschäftigte sich mit der notwendigen Rheindeich-Rückverlegung in Düsseldorf. Großen Zuspruch erhielt auch Katharina Müller von der Bewegung "Fridays for Future" für ihren motivierenden Beitrag.



**MEHR ZUM THEMA**  
[www.bund-nrw.de/ldv2019](http://www.bund-nrw.de/ldv2019)

DAS HABEN WIR  
**ERREICHT**



**34.000**  
**MITGLIEDER**

unterstützen aktuell den BUND  
NRW. Vielen Dank!



Foto: Natalie Vereschid

Henry Tünte koordiniert das Wassernetz NRW.

## Wassernetz NRW

Nach nun dreimonatiger Unterbrechung konnte mit finanzieller Unterstützung des NRW-Umweltministeriums eine Fortführung des Wassernetzes bis zunächst Ende 2021 erreicht werden. Ambitioniertes Ziel bleibt weiterhin der sogenannte „Gute Zustand“ unserer Gewässer.

Nach EU-Vorgaben müssen sich bis allerspätestens 2027 Grundwasserkörper mengenmäßig und chemisch in gutem Zustand befinden, Oberflächengewässer hinsichtlich Struktur, Chemismus und biologischer Qualitätskomponenten. Obwohl bereits seit Anfang dieses Jahrhunderts teils erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, scheint das Ziel immer noch in weiter Ferne. Bei nur knapp 10 Prozent der Gewässer konnten bislang die Zielvorgaben erreicht werden.

Absehbar starten wieder die „Runden Tische“, zu denen die lokal aktiven Naturschützer\*innen eingeladen werden, sich einzubringen. Hauptamtliche Unterstützung erhalten Sie von Henry Tünte aus dem Wassernetz.



### IHR ANSPRECHPARTNER

Henry Tünte  
Tel. 211 - 30 200 525  
[henry.tuente@assernetz-nrw.de](mailto:henry.tuente@assernetz-nrw.de)

## Kein Klimanotstand in Soest?

**K**limanotstand in NRW: Mehr als 25 Kommunen und Kreise haben auf Initiative von Klimaschützer\*innen inzwischen den Klimanotstand ausgerufen. Auch die BUND-Ortsgruppe Soest hat einen Antrag an den Rat der Stadt gestellt. Hitze- und Dürrephasen, Tropennächte, Orkane, Starkregen, historische Wasserniedrigstände: der Klimawandel ist mit seinen Auswirkungen auf das lokale Wettergeschehen längst auch in Soest angekommen. Deshalb haben Aktive der örtlichen BUND-Gruppe per Bürgerantrag den Rat aufgefordert, den Klimanotstand auszurufen. Alle Entscheidungen müssten vorab daraufhin geprüft werden, ob sie im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens stehen.

Zur Bekräftigung der Forderung hatte die BUND-Ortsgruppe die Soester Bürger\*innen zu zwei Informationsveranstaltungen eingeladen. Mehr als 620 Soester\*innen nahmen die Möglichkeit wahr, sich vom



Die Soester\*innen beantragten den "Klimanotstand", doch die Politik wiegelt ab.

Meeresklimabiologen Dr. Udo Engelhardt fachkundig über die reale Situation des heutigen Klimas informieren zu lassen.

Dennoch entschied sich eine knappe Mehrheit der Ratsmitglieder in der Ratsitzung am 10. Juli für den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und anderen. Sie stellten sich vehement gegen den Begriff Klimanotstand. Das führte zu tumultartigen Szenen im Stadtparlament. Im nun gültigen Beschluss heißt es: „Klimaschutz

besitzt (...) in der städtischen Politik einen hohen Stellenwert und ist - wenn möglich - bei Entscheidungen zu berücksichtigen.“

Der "Druck der Straße" bleibt also unverzichtbar. Und im kommenden Jahr sind Kommunalwahlen.



**MEHR ZUM THEMA**

[www.bund-soest-welver.de](http://www.bund-soest-welver.de)

## Der BUND auf dem Kirchentag

**V**om 19.-23. Juni fand der evangelische Kirchentag in Dortmund statt. Gekommen waren rund 121.000 Teilnehmer\*innen. Auch der BUND Dortmund war mit einem Stand dabei.

Gestartet wurde mit einem großen Fest mitten in der Innenstadt, dem „Abend der Begegnung“, an dem Dortmund seine Gäste willkommen hieß. Die Aktiven der BUND-Kreisgruppe kamen dort mit ersten Besucher\*innen ins Gespräch.

Von Donnerstag bis Samstag war das räumliche Zentrum auf dem Messegelände, den Dortmunder Westfalenhallen. Dort war auch der BUND mit einem gro-

ßen Stand im Bereich „Stadt und Umwelt“ vertreten.

Präsentiert wurden Themen von überregionaler Relevanz mit Bezug auf die jeweils laufenden Podien. Die Resonanz und das Interesse an der BUND-Arbeit waren positiv. "Besonders erfrischend waren die Besuche von BUND-Menschen aus ganz Deutschland", sagt BUND-Aktivist Philipp Kotthoff. Auch die BUNDjugend war mit der „Global Home Tour“ im Zentrum Jugend dabei. Mit den Gottesdiensten im Westfalenpark und im Fußballstadion des BVB fand der Kirchentag einen gelungenen Abschluss.



**MEHR ZUM THEMA**

[www.bund-dortmund.de/kirchentag](http://www.bund-dortmund.de/kirchentag)

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211 - 30 200 5-0, Fax -26, [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) • **Redaktion und Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsführer, Tel. 0211 - 30 200 522, [dirkjansen@bund.net](mailto:dirkjansen@bund.net) • **Auflage:** 23.100; **Druck und Versand:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE 10 3702 0500 0008 2046 0 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.9.2019, © BUND NRW e.V., August 2019